

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen
(14. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Mitteilung der Kommission an den Rat über das Vorgehen auf
dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur**

**Vorschlag einer Entscheidung des Rates zur Einführung eines
Beratungsverfahrens und zur Schaffung eines Ausschusses auf
dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur**

**Vorschlag einer Verordnung des Rates über die Unterstützung
von Vorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung auf
dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur**

— Drucksache 7/5619 —

A. Problem

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der Europäischen Gemeinschaft soll besser koordiniert werden.

B. Lösung

In Brüssel wird ein Ausschuß für Verkehrsinfrastruktur eingesetzt, dem Programme zum Ausbau der Verkehrswege anzuzeigen sind. Im Einzelfall sollen Finanzhilfen aus dem EG-Haushalt für solche Projekte gewährt werden.

(Einmütige Billigung im Ausschuß)

C. Alternative

entfallen

D. Kosten

entfallen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Von den Vorlagen — Drucksache 7/5619 — wird Kenntnis genommen.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, bei den weiteren Verhandlungen in Brüssel auf folgendes hinzuwirken:
 - Es sollte sichergestellt werden, daß von dem vorgesehenen Anmelde- und Beratungsverfahren nur Vorhaben europäischer Magistralen erfaßt werden.
 - Finanzhilfen aus dem Haushalt der europäischen Gemeinschaft für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen sollten nur im Einzelfall aufgrund eines besonderen Ratsbeschlusses gewährt werden.

Bonn, den 25. Mai 1977

Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Lemmerich

Curdt

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Curdt

Die in Drucksache 7/5619 enthaltenen Vorlagen wurden mit Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 4. Februar 1977 dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen federführend sowie dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 25. Mai 1977 behandelt.

1. Mitteilung der Kommission an den Rat über das Vorgehen auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur

Die Kommission kündigt darin ihre Absicht an, die Investitionen auf dem Gebiete der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der Europäischen Gemeinschaft besser zu koordinieren.

Der Ausschuß hat von dieser Absicht Kenntnis genommen.

2. Vorschlag einer Entscheidung des Rates zur Einführung eines Beratungsverfahrens und zur Schaffung eines Ausschusses auf dem Gebiete der Verkehrsinfrastruktur

Nach diesem Vorschlag sollen alle EG-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, die Planungen und Pro-

gramme zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur von gemeinschaftlicher Bedeutung der Kommission vor Baubeginn mitzuteilen. Der Begriff „Vorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung“ ist dabei sehr weit gefaßt worden und umschließt insbesondere alle Maßnahmen zur Erschließung von wirtschaftlichen Problemgebieten. Auch alle Vorhaben, die geeignet sind, den internationalen Handel zu beeinflussen, sollen unter diesen Begriff fallen. Bei der Kommission soll ein Ausschuß für Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden, der die Aufgabe hat, die angezeigten Vorhaben zu prüfen und zu analysieren.

In Übereinstimmung mit dem Bundesrat schlägt der Verkehrsausschuß vor, dieses Anmelde- und Prüfungsverfahren auf Vorhaben europäischer Magistralen zu beschränken.

3. Vorschlag einer Verordnung des Rates über die Unterstützung von Vorhaben von gemeinschaftlicher Bedeutung auf dem Gebiete der Verkehrsinfrastruktur

Die EG-Kommission will die Ermächtigung haben, in den Entwurf des EG-Haushaltes Finanzhilfen für einzelne Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur in den EG-Mitgliedstaaten von gemeinschaftlicher Bedeutung einzusetzen.

Der Verkehrsausschuß hat zur Kenntnis genommen, daß der Bundesrat aus finanziellen Gründen die Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen auf EG-Ebene ablehnt. Der mitberatende Haushaltsausschuß hat eine Kompromißlösung vorgeschlagen, wonach nur der Rat dazu ermächtigt werden soll, im Einzelfall Finanzhilfen für besondere Infrastrukturmaßnahmen zu beschließen, und zwar aufgrund eines Vorschlags des neu zu bildenden Ausschusses in Brüssel. Der Verkehrsausschuß hat diese Kompromißlösung als sachgerecht angesehen und empfiehlt daher eine Entschließung mit dem Ziele, den Verordnungsvorschlag entsprechend zu ändern.

Bonn den 25. Mai 1977

Curd

Berichterstatte